

Telegraphische Depeschen.

Baden-Baden, 11. Oct. Der französische Botschafter Saint-Ballier, welcher gestern Vormittag hier eingetroffen war, wurde gestern Nachmittag von Sr. Maj. dem Kaiser in Audienz empfangen und nahm hierauf an dem Diner bei Ihren Majestäten theil. Abends folgte derselbe der Einladung zu einer größeren Hofgesellschaft, welche in dem großherzoglichen Schlosse stattfand.

Baden-Baden, 12. Oct. Sr. Maj. der Kaiser empfing heute Mittag um 12 Uhr den Generalfeldmarschall Grafen Wolke, welcher vormittags hier eingetroffen war. — Der französische Botschafter Graf v. Saint-Ballier ist heute Nachmittag, 1 1/2 Uhr nach Berlin abgereist.

Berlin, 11. Oct. Sr. Maj. Kanonenboot Kommet, 4 Geschütze, Commandant Kapitänlieutenant Frhr. v. Soden-Dibran, ging am 29. Sept. von Gibraltar in See und traf am 2. Oct. im Hafen von Lissabon ein. Sr. Maj. Kanonenboot Wolf, 4 Geschütze, Commandant Corvettenkapitän Weds, ist am 12. Aug. in Chesoo eingetroffen. Sr. Maj. Gattdeckscorvette Luise, 8 Geschütze, Commandant Corvettenkapitän Schering, ist am 13. Aug. in Palobade eingetroffen und beabsichtigt am 20. Aug. nach Chesoo in See zu gehen.

Kürnberg, 11. Oct. Der Frankfurter Kurier meldet, daß das hiesige Gewerbemuseum eine Landesindustrie-, Gewerbe- und Kunstausstellung in Nürnberg für das Jahr 1882 vorbereite. Dieselbe werde von der Reichsregierung unterstützt werden.

Wien, 12. Oct. Hierher gelangte Botschaftsberichte versichern, die Braschkura „La Russie ou la Prusse“, welche in berliner amtlichen Kreisen so gerechtes Versehen erregte, habe vor ihrem Erscheinen Gombetta vorgelesen. Gombetta sollte über die Zeitgemäßheit der Veröffentlichung entscheiden. Er billigte die letztere, worauf die Braschkura, welche bekanntlich sehr ausdehnend ist, erschien. (D. M. Bl.)

Wien, 11. Oct. Die Herzogin von Cambridge ist heute in Omanden von einer Tochter entbunden worden.

Pegli, 11. Oct. Ihre kaiserl. und königl. Hoh. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin des Deutschen Reiches, Sr. königl. Hoh. der Prinz Wilhelm von Preußen und die übrigen kronprinzlichen Kinder sind mittels königlicher Expresszüge heute Nachmittag kurz vor 4 Uhr hier eingetroffen. Der Bürgermeister Marquis Durazzo empfing Ihre kaiserl. und königl. Hohheiten am Bahnhofe und ließ dieselben herzlich willkommen, die Bevölkerung begrüßte dieselben mit lebhaften Zurufen.

Rom, 12. Oct. Nicht prächtig befahrene Leichenwagen durchziehen im Augenblicke die Straßen Roms. Sie enthalten die Ueberreste der im Jahre 1849 und

1870 in Rom gefallenen Freiheitskämpfer sowie diejenigen des Volkstribunen Ciceroachio, der 1849 von den Despoten auf der Flucht standrechtlich erschossen wurde. Tausende von Militärpersonen mit 100 Fahnen und 12 Musikkorps folgen dem Leichenzuge nach dem Janiculus, wo in Gegenwart des Bürgermeisters und des Ministerpräsidenten Cairoli die feierliche Beisetzung stattfinden soll. Zur Verhütung einer antiösterreichischen Demonstration hat die Regierung verboten, daß der Leichenzug vor dem österreichischen Botschaftshotel vorbeipasse. (D. M. Bl.)

Paris, 10. Oct. abends. Die gemäßigten Journale machen die energischsten Anstrengungen, um die Wahl des amnestirten Communards Humbert am nächsten Sonntag zu hintertreiben. Die Radicals entwickeln dem gegenüber gleichfalls eine verdoppelte Mäßigkeit. Durch diese maßlose Agitation der letzten Tage hat sich unverkennbar hier eine gewisse Unruhe des großen Publikums bemächtigt, welche von der antirepublikanischen Opposition nach Kräften gesteigert wird, und die im Interesse der Republik ein energisches unabweisbares Auftreten der Regierung dringend notwendig macht. Eine lithographirte conservative Correspondenz, „Les tabloires d'un spectateur“, will wissen, daß der Minister Cochery von einem Besuch bei Gambetta auf dem Schlosse des erctes die Gewissheit mitgebracht, daß Gambetta entschieden die Campagne der République française zu Gunsten der Amnestie billige und sogar veranlaßt habe. Man glaubt, daß der heute abgehaltene außerordentliche Ministerrath unter dem Vorsth Waddington's sich mit dieser angeblichen Haltung Gambetta's beschäftigt. (Post.)

London, 12. Oct. Der Staatssecretär des Innern, Croft, hielt gestern in Leigh eine Rede, in welcher er betonte, England habe keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans, sondern wünsche nur den Ausschluß fremder Einflüsse dorthin. Was die auswärtige Politik angehe, so habe die Regierung stets das Unernehmliche mit den übrigen europäischen Mächten abgestimmt. Auf die orientalische Frage, welche die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zieht, habe er niemand die türkische Behauptung mehr mißbillige und schließlich der Einführung von Reformen wünsche als er; niemand werde die Mißbräuche der Türkei unterlassen. Staatssecretär Croft schloß mit der Erklärung, daß die von England befolgte Politik nicht nur England von Nutzen gewesen sei, sondern auch zur Erhaltung des europäischen Friedens gedient habe.

London, 11. Oct. nachmittags. Meldung des Reuterschen Bureau aus Simla von heute: „Drei afghanische Regimenter haben sich von Ghuzni aus zur Unterstützung der Streitmacht in Bewegung gesetzt, welche dem General Baker gegenübersteht. Dem General Baker wurden vom General Macpherson Verstärkungen gesandt.“

Sukareff, 12. Oct. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer bekämpfte der Abg. So-

nescu die Regierungsvorlage betreffend die Judenfrage, er gab jedoch die Naturalisirung derjenigen Juden zu, die in der Armee gedient haben.

Konstantinopel, 11. Oct. Zur Aufnahme eines neuen Anlehens von 10 Mill. ist die Pforte in Unterhandlungen eingetreten. Der Betrag desselben soll zur Begleichung der aus den Jollerträgen garantirten Vorschüsse von 4 1/2 Mill. und des aus den früheren Vorschüssen noch verbliebenen Restbetrages von 4 Mill. verwendet werden. Zur anderweitigen Verfügung blieben demnach noch 1 1/2 Mill. Die von einer Gruppe einheimischer Bankiers unter Ueberwachung der Pforte zu verwaltenden Bälle sollen zur Zahlung der Interessen und zur Amortisirung des neuen Anlehens, sowie zur Rückzahlung der durch die Erträge der Bälle und indirecten Steuern garantirten vier Anlehen verwendet werden; die ottomanische Regierung würde indes an den Balleinnahmen gleichfalls mit einem gewissen Jahresbetrage participiren.

Newyork, 12. Oct. Am 3. Oct. brach auf dem Dampfer des Norddeutschen Lloyd, Mosel, unter den mit Seiden- und Baumwollstoffen gefüllten Rippen, welche in Southampton eingeschifft waren, Feuer aus. Dieser Theil der Ladung verbrannte; das Feuer wurde sodann gelöscht. Der Dampfer selbst ist unbeschädigt.

Leipzig, 13. October.

Die vorige Woche war bedeutungsvoll für Preußen und mittelbar für ganz Deutschland durch den Verlauf der preussischen Landtagswahlen, deren Ausfall zwar nicht unerwartet kam, doch aber erst sozuzunehmend greifbar und ziffermäßig bestätigt, was man lange gehaut: den Sieg der conservativen und des Rückgangs der liberalen Ideenbewegung. In dem neuen Abgeordnetenhaus wird es keine liberale Majorität mehr geben, allerdings auch keine conservative; vielmehr ist (und das gerade ist das Bedauerlichste), das Centrum die ausschlaggebende Partei und wird nicht verfehlen, diese gewichtige Stellung nach Kräften auszunutzen.

Die Regierung ihrerseits (wenn man nach dem Wahlartikel der officiellen Provinzial-Correspondenz schließen darf) scheint nicht eben gewillt, einem solchen Einflusse des Centrums, insoweit derselbe zum Mittel für die Förderung specieller Interessen dieser Partei mißbraucht werden sollte, Vorbehalt zu lassen. Sie bietet sogar, wenn wir jenen Artikel richtig verstehen, dem rechten Flügel der National-Liberalen, der sich nicht von der Fortschrittspartei mit fortreißen läßt, zu einer Wiederannäherung die Hand. Wir fürchten nicht, daß diese Hand zurückgewiesen werde, wenn wir gleichzeitig hoffen, die Regierung ihrerseits der augenblicklich nach rechts gehenden Strömung nicht zu weit nachgibt, vielmehr einen Weg einhält, auf welchem auch die gemäßigten Liberalen ohne Verleugnung ihrer wesentlichen Ueberzeugungen ihr folgen können.

Ausdruck zu finden in den unkränzten Wappenschildern mit ihren begeisterten Inschriften: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern“ und „Immer strebe zum Ganzen“ etc.

Das Programm des Abends war von einem Mitgliede aus Berlin mit künstlerischen Zeichnungen voll seinem Humor geschmückt. Ein anderer Sprech-Athener hatte ein festliches Gependet, das in schwingvoller Weise die Feier einleitete und gleich von Anfang an die Anwesenden in festlich bewegte Stimmung versetzte. Nach dessen Abgang durch die Versammlung ergriff der Präsident des Vereins, Dr. C. Meyer, das Wort, um all der ersten und frohen Momente zu gedenken, die in der wechselvollen Vergangenheit sich dem Rückblicke boten. Mit großer Befriedigung konnte der Redner vor allem die eifrigen Bemühungen betonen, die hier von jeher vorgewaltet, um mit Aufwand aller verfügbaren Mittel die nationalen Bildungsinteressen zu pflegen und der hiesigen landsmännischen Bevölkerung auf allen Gebieten des deutschen Lebens die Heimat möglichst zu ersetzen. In warmen Worten dankte er den deutschen Schriftstellern und Verlagsbuchhändlern, die durch freigebige Gewährung von Büchern für die Vereinsbibliothek die Bestrebungen des Vereins so wirksam gefördert haben.

Aus der großen Reihe von musikalischen und declamatorischen Vorträgen, die nun folgten, wollen wir nur hervorheben die von einem münchener Kinde dirigirten Leistungen des Vereinsquartetts, einen achthändigen Klaviervortrag der Beethoven'schen „Donoso“, Duverture Nr. 3, die in liebenswürdigstem Humor vorgebrachten Declamationen eines „fröhlichen Pfäfers“, endlich die

gelungene Darstellung eines Lustspiels von Moliere: „Vom Standesbeamten“, wobei wir nicht umhin können, drei Söhnen Kölns, Wiens und Frankfurt den Preis Thaliens zu gewähren.

Das Fest nahm erst am frühen Morgen sein Ende und wird sicher noch lange in der Erinnerung aller Theilnehmer nachleuchten als ein neuer Beweis, auf welch würdige und erfolgreiche Weise der Deutsche Turnverein der Pflege echt deutscher Gesinnungen nachkommt!

Eine Versammlung der Christlich-Socialen.

Die National-Zeitung berichtet aus Berlin vom 10. Oct.:

Die „Judenfrage“, deren Discussion am Freitag Abend wieder auf der Tagesordnung der Versammlung der christlich-socialen Arbeiterpartei stand, hatte namentlich infolge eines Aufrufes an „alle Juden Berlins“, von ein Dr. Elias Sohn erlassen, viele Tausende nach Munde's Stabliement, Rönickerstraße 100, dem Orte der Versammlung, gelockt, die, da nur Mitglieder, deren eingeführte Gäste und die Inhaber einer geringen Zahl vertheilter Eintrittskarten zugelassen wurden, auf Hof und Straße sich ansammelten. Schon vor 8 Uhr war der Versuch durchzubringen ein lebensgefährliches Wagniß. Der Tumult wuchs, als noch vor Eröffnung einige Drittkundige einen Nebeneingang zum Saale erpähten und durch ihn in den Saal gelangten. Erst jetzt wurden seitens des anwesenden Polizeicommandanten ausreichende Schutzmannschaften requirirt, denen es, dank der Einsicht der inzwischen immer mehr angeschwollenen Masse, gelang, Ruhe und Ordnung außerhalb der Versammlung wiederherzustellen. Was drinnen war, blieb brennen; froh war, wer noch einen halbwegs passablen Stehplatz erringen konnte.

Dr. Hoffprediger Stöcker, von säkularischem Geiste be-

Der Deutsche Turnverein in Paris.

Paris, 10. Oct. Am 4. Oct. feierte der hiesige Deutsche Turnverein sein 16. Stiftungsfest. Wenn ein gestimmungstüchtiger deutscher Verein in der Fremde jahraus jahrein sich abmüht mit der Verfolgung vaterländischer Aufgaben und dann, an einem neuen Markstein seiner Entwicklung angelangt, mit einiger Befriedigung auf die Erfolge seiner Wirksamkeit zurückblicken kann, so wird er wol bei Begehung solcher festlicher Momente auch in weitem landsmännischen Kreisen auf einiges Interesse rechnen dürfen.

Von der hiesigen deutschen Colonie wurden dem Vereine auch bei dieser Gelegenheit wieder mancherlei Beweise der Theilnahme dargebracht. Der deutsche Geschäftsträger Graf Weddehlen sowie andere höhere Beamte der Botschaft beehrten das Fest mit ihrer Gegenwart. Der Gesangverein Teutonia und der Schweizer Turnverein brachten ihrem Schwestervereine ihren herzlichsten Brudergruß und von Freunden in der Ferne ließen Glückwunschtelogramme ein.

Der Verein hatte seinerseits alles gethan, um bei Veranstaltung der Feier in seinem Vereinslocale, 8 Rue Saint-Marc, nicht hinter seiner Aufgabe zurückzubleiben. In schmuckem Oran prangte der Saal; um die ihn säubig zierenden Wästen Schiller's und Jahn's, um das in seiner Charakterisirung neu gemalte Vereinswappen, um Pfeiler und Wände schlangen sich lustige Geminde von frischem Eichenlaub. Stolz flatterten überall die deutschen und österreichischen Fahnen, oft vereint mit der Tricolore der gastlichen Fremde! Alles aber schien zusammenschimmen- und seinen letzten

Künste.

gabe.

Antike Kunst

Kunst.

betreibt, ver-

erhältig:

in fur-

er Hami-

Unter-

Schrift

Verständ-

zu könn-

berant-

Briefe in

hf.

Afrika Ge-

Altstoffe der

angeborenen

farbentri-

publicationen

in feinsten

[1901]

ungen des

en. Bahnb.

elegraphen-

geschieht.)

Offn. v. St.

lage 1 M.

Wf.

hten.

hardt jun.

illips in

hardt jun.

rech sie v.

u mit Fr.

ische in

den. Der

Lochter. —

in Leipzig

ig in Ver-

Siegel in

Lochter.

in Leipzig

l. Ed. Der

Dr. Dier

n, in D

in Leipz

Auch in Oesterreich beginnt die diesmalige parlamentarische Aera unter ähnlichen veränderten Verhältnissen wie in Preußen. Dort ist sogar das ganze Ministerium ein neues, und auch der Reichsrath ist es zum großen Theil; die Liberalen sind auch dort aus ihrer bisherigen Position als zweifellos entscheidende Mehrheit zurückgeworfen in die einer Partei, die mühsam im einzelnen Falle um die Majorität kämpfen muß; zugleich haben die contrifugalen oder sogenannten „nationalen“ (d. h. die einzelnen Stämme repräsentirenden) Elemente durch den Eintritt der Czechen, die sich 12 Jahre lang vom Reichsrath fern gehalten hatten, eine wesentliche Verstärkung erhalten.

Die Thronrede bei Eröffnung des Reichsrathes, die man ja wol als ein Programm des neuen Ministeriums Taaffe anzusehen hat, ist äußerst reich an Verheißungen auf allen Gebieten des Staatslebens, so reich, daß man im Interesse der Oesterreicher nur wünschen kann, es möge wenigstens der größere Theil davon unverfälscht verwirklicht werden. Jedenfalls wird, wenn die Vorlagen der Regierung den hier gegebenen allgemeinen Grundzügen entsprechen, dieser jetzt eröffnete Reichsrath ein reiches Feld fruchtbarer, freilich auch lange dauernder und mühevoller Thätigkeit vor sich haben.

Man hat von manchen Seiten in der österreichischen Thronrede die Bezugnahme auf die jüngsten Abmachungen mit Deutschland vermißt, die doch so viel Aufsehen erregt. Gerade darum wol, um dieses Aufsehen nicht unnötigerweise zu steigern und jenen Abmachungen einen Charakter zu geben, den sie nicht haben sollten, ist deren specielle Betonung unterblieben. Eine solche wäre kaum thunlich gewesen, ohne zugleich ein beruhigendes Wort über die nichtoffensive Natur der Annäherung an Deutschland beizufügen; das aber hätte wieder ausgesehen wie ein: „wer sich von freien Stücken entschuldigt, klagt sich an“, und hätte sehr wahrscheinlich gerade das Gegentheil des Zweckes, nämlich Beunruhigung, hervorgebracht. Indirect und zwar in einer höchst wichtigen Beziehung ist auf das engere Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn hingedeutet: während allen andern Staaten gegenüber nur ganz im allgemeinen von der bei der Erneuerung von Handelsverträgen einzuhaltenen Politik, und zwar mit einer gewissen Reserve, gesprochen wird, stellt die Thronrede in positiver Weise als die Folge der „gepflogenen Besprechungen“ eine „günstige Regelung der Verkehrs- und Handelsverhältnisse mit dem Deutschen Reich“ in Aussicht.

In Frankreich trübten sich die Verhältnisse. Nicht genug, daß die Legitimisten und Ultramontanen sich wieder rühren und daß die Bonapartisten, die man seit dem Tode des Kaiserjohnes wegen Mangels eines anerkannten Hauptes für gespalten und darum ungefährlich hielt, Wiene machen, um den Prinzen Jérôme Napoleon (Mon-Non) sich zu sammeln, so beginnt auch eine neue, bedenkliche Agitation für Erweiterung des Amnestiegesetzes im Sinne einer allgemeinen Zurückführung der 1871 deportirten Mitglieder der Commune. Der Umstand, daß Gambetta's Organ, die République française, an dieser Agitation sich beteiligt, macht die Lage besonders gefährlich. Noch widersteht das Cabinet Waddington, obschon angeblich auch in seinem Schoße sich bereits Schwankungen gezeigt haben sollen; allein wird es auf die Dauer wider-

stehen oder, wenn dies, sich halten können, zumal wenn, wie es scheint, auch die Parteien rechts diese Verlegenheit des Cabinets benutzen?

Der Sturz des ebenso gemäßigten als entschiedenen liberalen Ministeriums Waddington wäre sehr zu beklagen. Er dürfte im Innern das Signal zu schweren Verwickelungen und auch nach außen der Anlaß zu Beunruhigungen sein, denn es ist sehr fraglich, ob ein anderes Ministerium eine so aufrichtige Friedenspolitik so beharrlich verfolgen würde wie das gegenwärtige.

Welche Rolle Gambetta selbst in dieser Angelegenheit spielt, ist nicht recht klar. Fast scheint es, eine zweideutige. Noch ganz kürzlich soll er versichert haben, er werde alles thun, um das Cabinet Waddington zu unterstützen, und jetzt gestattet er seinem Pressorgan, demselben eine so große Verlegenheit zu bereiten. Denn was er zu dem Minister Coehery gesagt haben soll, der ihn über seine Stellung zur Amnestiefrage vertraulich interpellirte: „man mache von dieser Frage zu viel Wesens“, das ist eine saule Ausrede, da niemand, der die französischen Zustände recht beobachtet, verkennen kann, welchen gefährlichen Stoff der Regierung gerade diese Frage in ihrem Schoße trägt.

Die letzten Nachrichten aus Afghanistan lauteten für die Engländer günstig. Am 7. Oct. standen sie vor Kabul. Ob sie seitdem dort eingezogen, darüber fehlen noch Berichte.

Von der neuen Welt herüber wird ein großer Seesieg der Chilener gemeldet. Nicht bloß das große Panzerschiff Huascar (wie es zuerst hieß), nein, die ganze Flotte der Peruaner soll in die Gewalt ihrer Feinde gefallen sein. Die Kunde klingt fast zu abenteuerlich, um nicht einige Zweifel an ihrer vollen Wahrheit zu gestatten.

Die preussischen Landtagswahlen und die national-liberale Partei.

— Leipzig, 13. Oct. Wir bemerkten neulich, daß neben den muthmaßlichen Folgen der so wesentlich veränderten Parteigruppierung im preussischen Abgeordnetenhaus auch die muthmaßlichen Ursachen dieser Verhältnisse der Parteien, insbesondere der so eclatanten Niederlagen beider liberalen Parteien, eine sehr ernste Betrachtung verdienten.

In den beiden berliner Hauptorganen der national-liberalen Partei, der National-Liberalen Correspondenz und der National-Zeitung, fanden wir bis jetzt nur wenige und unzureichende Bemerkungen über die Ursachen des so bedeutenden Niederganges der Partei. Die National-Zeitung macht einerseits „die Laueheit der liberalen Wählerschaften auch da, wo es galt, einen schwer gefährdeten Besitz zu verteidigen“, andererseits „die Energie, mit welcher die Regierungsmaschine arbeitete“, für dieses Ergebnis verantwortlich, und die National-Liberale Correspondenz richtet eine ernste Mahnung für die Zukunft an die ganze liberale Partei, rechtzeitig sich besser zu organisiren, als dies bei den letzten Wahlen der Fall gewesen sei — eine Mahnung, welche ungefähr im gleichen Sinne die Volks-Zeitung wiederholt, wobei dort wie hier lediglich von der „liberalen Partei“ im allgemeinen, ohne Scheidung der national-liberalen und der Fortschrittspartei, die Rede ist.

Wir sollten denn doch meinen, daß es sich für die

national-liberale Partei der Mühe verlohne, etwas tiefer auf die wahrscheinlichen oder möglichen Ursachen dieser jüngsten Misserfolge einzugehen. Denn nur wenn man diese recht erkannt hat und wenn man ernstlich daran geht, sie soweit möglich für die Zukunft zu beiseitigen, kann man auf bessere Resultate bei künftigen Wahlen rechnen. Sovann aber — was nicht minder wichtig, ja für den Augenblick noch wichtiger — eine richtige Erkenntniß der Ursachen jenes Misserfolgs mag leicht auch von wesentlichem Einfluß sein auf das Verhalten der Partei (nach ihrer gegenwärtigen noch immer ganz respectablen Stärke und der durch die Wahlen ihr gegebenen Gruppierung) im neuen Abgeordnetenhaus.

Schon die von der National-Zeitung kurz angeführten Ursachen der Niederlagen auf liberaler Seite geben zu weiterem Nachdenken Anlaß. Die „Laueheit der Wählerschaften“ — ist sie wirklich bloß eine Folge mangelhafter Parteigruppierung? Oder leibiglich ein allgemeines Symptom der Zeit? Oder aber hat sie noch einen besondern Grund, der auf tiefere Schäden zurückweist? Wir glauben das Letztere! Es verdient doch wol Beachtung, daß von den drei Gruppen, in welche man die „liberale Partei“ theilen kann: Fortschritt, linker und rechter Flügel der National-Liberalen, der Fortschritt den stärksten Verlust erlitten hat (über 46 Proc. oder fast die Hälfte), die National-Liberalen im ganzen schon einen mäßigeren (31,5 oder nicht ganz ein Drittel), von welchem letztern Verluste aber wiederum der rechte Flügel ungleich weniger betroffen worden ist als der linke. Es ist bedeutsam, daß selbst Wortführer der Linken wie Laaser und v. Dunsen nicht wiedergewählt worden sind, während von den Führern des rechten Flügels wol keiner fehlt.

Hieraus schließen wir, daß die „Laueheit der liberalen Wählerschaften“ nicht eine bloße Folge allgemeiner Apathie oder mangelnder Organisation gewesen sei, sondern daß sie eine positive Ursache gehabt habe, nämlich: die Unsicherheit selbst liberal gesinnter Wähler, ob denn ihr bisheriges Vertrauen zu gewissen Persönlichkeiten oder zu der ganzen durch solche vertretenen Parteipolitik wirklich ein wohlangebrachtes gewesen sei — eine Unsicherheit, die dann leicht entweder zum Abfall von der Partei oder doch zu einer lauern Parteinahme, vielleicht zur Wahlenthaltung, ausschlagen mochte.

Was den Einfluß der Regierung auf die Wahlen betrifft (den letztere, wie aus dem Artikel der Provinzial-Correspondenz hervorgeht, gar nicht ableugnet, vielmehr sich zum Verdienst anrechnet), so konnte dieser den Liberalen selbst nicht wohl überraschend sein. War ihnen doch unvergessen (woran die National-Zeitung selbst in ihrer neuesten Nummer erinnert), daß 1873 durch denselben Einfluß der Regierung und speciell den persönlichen Einfluß des Reichskanzlers die Conservativen nicht bloß 63 Sitze, wie jetzt die National-Liberalen, sondern wol 100 oder mehr mit einem mal verloren und daß die eigentliche oder „altconservative“ Partei damals nahezu auf Null reducirt wurde.

Wir erwägen sodann den ganz persönlichen Einfluß des Reichskanzlers. Dieser war 1873 durchschlagend; er war es auch 1879. Damals traf er die Altconservativen bis zur Vernichtung, diesmal richtete er sich gegen die Liberalen und brachte ihnen einen, wenn auch lange nicht so starken, Schlag bei. Damals hatten die Altconservativen in ihrer vielberufenen „Declaration“ dem Fürsten Bismarck, den sie als

grüßt, erschien nach 8 1/2 Uhr und nahm zwischen dem die Versammlung überwachenden Polizeileutnant und Hrn. Elias Cohn Platz. Bald darauf wurde die Versammlung eröffnet und zunächst seitens Hrn. Stöcker darauf hingewiesen, daß er bei den ersten Anzeichen entsetzlichen Lärmes die Versammlung würde schließen müssen, dann wandte sich Hr. Stöcker den „läghafsten Entstellungen“ zu, die über die kürzlich in gleicher Frage abgehaltene Versammlung durch die Presse gegangen seien. Selbst ein Blatt wie die National-Zeitung habe wesentlich unrichtige Mittheilungen gebracht. Von andern Blättern könne man Wahrheit nicht mehr erwarten, selbst sein Gegner, der Hr. Cohn, habe dem Tageblatt erklären müssen, der Bericht sei vom ersten bis zum letzten Wort erlogen. Er bitte daher, wenn wieder etwas über die Partei und ihn, der von der Partei untrennbar sei, in den Zeitungen stehe, sich erst zu fragen, ob auch ein Wort wahr daran sei. Bei solchen „Albernheiten der berliner Fortschrittspartei“ sei es nicht zu verwundern, wenn man sich in der Welt draußen eine ganz falsche Ansicht bilde, wenn man ihn dem Haman vergleiche, der in Amerika und England an den nächsten Baum gehängt wolle. Ihm sei das persönlich gleich, aber die Judenfrage werde hierdurch aus der Höhe einer anständigen und friedlichen Discussion in den Rinnstein gezogen. Daß die Judenfrage, die für unser Volk so wichtig ist, in Berlin gar nicht berührt werde, könnten jüdische Redacteurs wol heimlich wünschen, es öffentlich anzusprechen sei unverständlich. Werde doch so oft gerade von ihnen die „Christenfrage“ erörtert, christliche Einrichtungen in den Schmutz gezogen. Das wolle er ändern. (Bravo!) Redner bespricht sodann die „unglaubliche Thorheit“ des steirischen Bezirksvereins, sich über ihn beschwerend während an die Stadtverordnetenversammlung zu wenden, die trotz ihrer israelitischen Zusammensetzung doch nur ihren Vorstehenden (Dr. Straßmann) tabeln könne, der die christliche Kirche beleidigt habe. Redner wendet sich nunmehr gegen die „elenden Witzelien“ des Tageblatts und des Börsen-Courier und gegen die Witzblätter, das „jüdische Giftgeschmeiß“, die uns um unsern Glauben bringen müssen, wenn wir ihnen nicht entgegentreten.

Redner verbreitet sich sodann ausführlicher über seine Ansicht in Betreff der Judenfrage. Das moderne Judentum speculire auf den Mangel an Religiosität, um uns in den Abgrund zu werfen, um uns auszubeuten. Schon jetzt seien die Juden übermächtig, von den Wahlmännern eines berliner Wahlbezirks seien 46 Proc. Juden gewesen; im Jahre 1871 seien von 100 Juden 71, von 100 Christen nur 38 Arbeitgeber; am Handel seien 55 Proc. der Juden und nur 12 Proc. der Christen beteiligt gewesen; 5 Proc. der Bevölkerung hätten das Gymnasium besucht, ein Drittel davon seien Juden. So suche man uns immer mehr über den Kopf zu wachsen. Das wird nicht anders, als bis die Juden entweder Reformjuden oder Christen geworden sind (Gelächter), denn wenn es so weiter geht, werden die Juden zu Herren, und daß sie leicht unbarmherzige Herren werden, zeigt der Wucher; daß sie Tyrannen werden, zeigt die jüdische Presse. Was nun thun? Zunächst könne man durch die Börsensteuer, durch Ankauf der Eisenbahnen etc. die Macht des Kapitals schwächern; dann aber müsse man versuchen, im Christenthum wieder Glauben und Hoffnung zu verbreiten. (Bravo!)

In der Debatte ergreift zunächst Hr. Elias Cohn das Wort, um in meist unverständlichen Redewendungen die jüdische Sittenlehre zu verherrlichen. „Christliche Mitbilder (Oh!)“, ich habe Jesus ebenso lieb wie Sie. Ich besuche jährlich vier Kirchen. Weisheiten gehe ich zu den Evangelischen, zu Oern und am Fronleichnamstage bete ich in der katholischen Kirche“ (Gelächter überläßt die Stimme des Redners. Derselbe schließt unter dem Bravorufen und dem Gelächter der Versammlung mit einem Hochruf auf den Kaiser). Hr. Versicherungsbeamter Vallien folgt dem Vorredner auf das dogmatische Gebiet. Hr. Publicist Israel, Verfasser von „Die Juden und das Deutsche Reich“, will die socialpolitische Seite in den Vordergrund gestellt wissen. Was Cohn gesagt habe, sei alles Unsinn, er (Redner) leugne die Judenfrage überhaupt. (Oh!) Männer wie Slagan und Marx seien seine Autoritäten; Slagan entstelle, Marx sei anmaßend, letzterer lebe dazu ausschließlich von den Juden und hätte darum die geringste Veranlassung, gegen

diese loszugreifen, er sei bei der „Post“ gewesen, als sie einem Ranne (Dr. Stroussberg) gehörte, der aus dem Judentum hervorgegangen. Ein hamburger Blatt, für das Marx jetzt arbeite, sei ganz und gar jüdisch. Man schimpfe auf die Judenblätter, warum trete man nicht zusammen und mache ordentliche Blätter? (Bravo! Sehr richtig! Ruf: „Wer hat aber das Geld?“) Warum kaufen Sie denn bei den Juden, doch nur, weil sie besser verkaufen und billiger sind. („Oh! Wühlensbaum!“) Sie tabeln alles und machen nichts besser. (Sehr richtig! Rufen!) Wir sind in der Minorität und haben trotzdem die Macht. (Zuruf: „Das Geld!“) Wer hat denn die großen Geldsäcke? (Zuruf: „Die Juden!“) Sie sagen es selbst, machen Sie es uns doch nach! (Zuruf: „Ja, aber wie Sie es machen!“) Redner empfiehlt unter Bravo und Rufen an Stelle des unnützen Gejankes gemeinsames Handeln auf allgemein humanitärem Gebiete.

Hr. Hosprediger Stöcker fordert auf, die schlechten Zeitungen abzuschaffen und dafür „Reichsbote“, Kreuzzeitung und „Post“ (Bravo! Gelächter!) zu halten. Redacteur Krause (von der Kreuzzeitung) wendet sich gegen Israel und bringt Stöcker ein dreifaches Hoch! Hosprediger Stöcker antwortet jetzt mit einem Hoch auf die Wahrheit, bittet nun aber, mit den Hochrufen aufzuhören. Hr. Langbein: Den Juden werden noch die Augen aufgehen; sie werden das Heil erkennen und zu uns kommen. (Oh! Gelächter, Tumult.) Hr. Landsberger nimmt die Juden in Schutz, die zu lange unter dem Druck gelebt. Ähnlich äußert sich ein Hr. Schwarz, während Hr. Bäckermeister Rudnagel den Fortschritt für das Cleud verantwortlich macht und unter dem Lärm der Versammlung mit dem Rufe schließt: „Bismarck, werde wach! werde wach! werde wach!“ Hosprediger Stöcker mahnt zur Ruhe, um nicht noch zuletzt die Versammlung auflösen zu müssen. Hr. de la Croix macht darauf aufmerksam, daß Judenverfolgung unaussprechlich sei, wenn der gerechte Zustand fortdauere. Weitere Redner melden sich nicht und wird die Versammlung nunmehr um 11 Uhr geschlossen.

einen von
Stuhl vor
jene unge
die Libera
Staatsma
selben zu
und der C
Ist do
Bismarck
Das war
der größt
Namen od
einer velle
die wohle
müßte.
nenden G
Fürst Bie
breitetes
eine Dpp
gemeinen
bloß gegen
mit den f
und schwe
Und k
wenigstem
besonders
Wennschon
Nichter'sch
stimmen,
an der ge
ten so fe
man die
deres ab
votum ge
niger ger
Wir l
than erach
Zollpolitik
seinen Lieb
vermochte,
Staatsma
entbehrlich
wirken u
wichtigen
hin sich v
brechen de
Ebenj
einbarung
sicherweise
kehr eine
Rud gege
allem Auf
Sollte nur
genialen
Regieren
nünftigen
seine Perf
Frage ma
mancher
auf in sei
gefunden
Was
die „Laue
schlagende
einflussung
werthe S
lungen in
wieder w
beziehten
Fehler zu
Partei ei
ihrer gan
lich, dami
diese velle
die Daltur
Der l
Mitglieder
größern T
gehören,
einen so
dies läßt
geburt der
nur, daß
halb sichtb
Die G
In de
Vorlage d
einige bei
Kirchenverg
Dr. Boret
dalordnung
Anlaß geg
einen von
Amtes zu
verständniß
rathes, d
Besugniß

einen von ihnen Abtrünnigen versetzten, sozusagen den Stuhl vor die Thür gesetzt — dafür büßten sie durch jene ungeheure Wahlniederlage; diesmal stellten sich die Liberalen in eine so schroffe Opposition zu diesem Staatsmanne, daß solche sich bei einem Theile derselben zu dem Rufe „Fort mit Bismarck!“ zuspitzte — und der Erfolg war, wenigstens annähernd, der gleiche. Ist damit gesagt, daß in Preußen nur eine „Partei Bismarck sans phrase“ die Mehrheit haben könne? Das wäre sehr zu beklagen. Denn so groß ist auch der größte Staatsmann nicht, daß vor seinem bloßen Namen oder vor jeder seiner Willensäußerungen, auch einer vielleicht irreführenden, jegliche Ueberzeugung, auch die wohlwogenste, absolut schweigen und sich beugen müßte. Wohl aber scheint aus jenen nicht wegzuleugnenden Geschichtsthaten so viel hervorzugehen, daß Fürst Bismarck im preussischen Volke ein so weitverbreitetes und so tiefgewurzelttes Vertrauen besitzt, daß eine Opposition, die sich gegen seine Politik im allgemeinen, wol gar gegen seine Person selbst, nicht bloß gegen einzelne seiner Maßregeln richtet, allemal mit den stärksten Gegenströmungen zu kämpfen haben und schwerlich so leicht durchbringen wird.

Und darin haben es, unserer Ueberzeugung nach, wenigstens viele auch von den National-Liberalen, ganz besonders aber manche ihrer Präorgane versehen. Denn schon sie dagegen protestirten, als ob sie in den Richter'schen Schlachtruf „Fort mit Bismarck!“ einstimmen, so nörgeten und mäkelten sie doch so viel an der ganzen Person Bismarck's herum, beargwöhnten so sehr jede Richtung seiner Politik, daß, wenn man die Summe von alledem zog, kaum etwas anderes übrigblieb als ein allgemeines Mißtrauensvotum gegen den großen Staatsmann, nur etwas weniger geradezu und herb als jenes „Fort!“

Wir haben dies von Haus aus für nicht wohlgethan erachtet. Man konnte Bismarck's Finanz- und Zollpolitik ganz oder theilweise bekämpfen, wenn man seinen Ueberzeugungen nach sich damit nicht einzuverstehen vermochte, aber man mußte immer bedenken, daß dieser Staatsmann schon für unsere äußere Politik unentbehrlich ist, und daß daher jede Partei, die etwas wirken und schaffen will, auf alle Fälle mit seiner gewaltigen Persönlichkeit rechnen muß und nicht so leicht hin sich von ihm loslagern oder gar den Stab über ihn brechen darf.

Ebenjett erst wieder hat Bismarck durch die Vereinbarungen in Wien der europäischen Politik, möglicherweise auch dem internationalen Handel und Verkehr eine ganz neue Wendung und sozusagen einen Ruck gegeben von zur Zeit noch unabsehbaren, aber allem Anschein nach für Deutschland wohlthätigen Folgen. Sollte nun Deutschland, sollte Preußen sich eines so genialen Staatsmannes berauben, indem es ihm das Regieren im Innern durch Unterstützung einer hartnäckigen Opposition gegen seine ganze Politik, ja gegen seine Person unmöglich oder unerträglich machte? Diese Frage mag sich wol mancher preussische Wähler, auch mancher aufrichtig liberale, vorgelegt und mag darauf in seiner innersten Ueberzeugung nur ein Nein! gefunden haben.

Was schließen wir nun aus alledem? Daß sowohl die „Lauheit der Wähler“ als auch der so durchschlagende Erfolg der „Energie der Regierung“ in Beeinflussung der Wahlen nur wichtige und wol beachtenswerthe Symptome sind von Wendungen und Wandlungen in der öffentlichen Stimmung, die ihrerseits wieder wenigstens zum Theil auf von der Partei, beziehentlich einzelnen Wortführern der Partei, begangene Fehler zurückzuführen. Wir schließen daraus, daß der Partei eine innere Selbstbestimmung und Klarstellung ihrer ganzen Lage noththut, und zwar sobald als möglich, damit nicht, wenn Fehler begangen worden sind, diese vielleicht fortgesetzt und verschlimmert werden durch die Haltung der Partei im neuen Abgeordnetenhaufe.

Der Umstand, daß die neu- oder wiedergewählten Mitglieder der national-liberalen Partei zum weitaus größeren Theile, wie es heißt, dem rechten Flügel angehören, fernere der Uebergang der Parteileitung an einen so verständigen Politiker wie Miquel — alles dies läßt uns hoffen, daß eine solche innere Wiedergeburt der Partei stattfinden wird. Zu wünschen wäre nur, daß auch in der Parteipresse diese Wirkung recht bald sichtbar zu Tage träte.

Die Evangelische Generalsynode in Berlin.

In der Sitzung vom 11. Oct. referirt über die Vorlage des Evangelischen Oberkirchenrathes betreffend einige bei Handhabung der Kirchenverfassung von der Kirchenregierung bisher befolgte Grundzüge Professor Dr. Boretius. §. 6 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung hat bei seiner Auslegung zu dem Zweifel Anlaß gegeben, ob dem Patron die Befugniß zustehe, einen von ihm ernannten Kirchenältesten wieder seines Amtes zu entheben. Der Referent beantragt im Einverständnis mit der bezüglichen Praxis des Oberkirchenrathes, daß im allgemeinen dem Patron eine solche Befugniß nicht zustehe, daß er aber, falls er selbst

Kraft seines Rechtes in den Kirchenrath eingetreten ist, jederzeit wieder austreten und zu seiner Vertretung einen Aeltesten ernennen könne.

Dr. v. Rauchhaupt beantragt, die Vorlage des Oberkirchenrathes lediglich zur Kenntniß zu nehmen.

Consistorialrath Altmann beantragt, die Ernennung der Patronatsältesten für ebenso viel Jahre gelten zu lassen, als die leztgewählten Mitglieder des Kirchenrathes noch zu amtiren haben.

Referent Dr. Boretius zieht seinen Antrag zurück, worauf die Anträge Rauchhaupt und Altmann angenommen werden.

Die Frage der feierlichen Einführung und Verpflichtung der Aeltesten auch im Falle der Wiederwahl wird in bejahendem Sinne entschieden.

Man erörtert sodann, ob die Geistlichen als wahlberechtigigte Gemeindeglieder mitzuwirken haben oder nicht. Der Oberkirchenrath hat sich bereits früher gegen diese Berechtigung ausgesprochen und hält auch heute noch an seiner Ueberzeugung fest, ersucht aber die Synode um ihr Gutachten, insbesondere weil die sächsische und pommersche Provinzialsynode sich in entgegengezettem Sinne ausgesprochen haben. Correferent Graf v. Räder beantragt dagegen, die Generalsynode möge aussprechen, daß den Geistlichen das Gemeindegliederrecht ein für allemal zustehe. Die Versammlung stimmt dem zu.

Betreffs der Neu- und Ergänzungswahlen der Gemeindegliederbetreffend wird ohne Debatte im Sinne der bisherigen Praxis des Oberkirchenrathes entschieden, wonach die Wahlen stets von der Gemeindevertretung vorzunehmen sind.

Es folgt die Vorlage betreffend die Einmischung einer Landeskirchencollecte für die Berliner Nothstände, beziehentlich für die Berliner Stadtmission. Consistorialpräsident Hegel begründet als Referent seinen Antrag auf eine alle zwei Jahre stattfindende Einmischung der Collecte. Einen schönen Anfang zur Bekämpfung dieser Nothstände habe die ganz von der Liebeshätigkeit der evangelischen Kirchenangehörigen unterhaltene Berliner Stadtmission gemacht, deren Leitung gegenwärtig in den Händen des Hofpredigers Stöcker liege. Aber man habe in Berlin Gemeinden von 20000, 30000, 50000, 70000 und noch mehr Mitglieder, die oft nur Einen Prediger besitzen, der unmöglich allen Gemeindegliedern gerecht werden kann. Correferent Hofprediger Stöcker äußert:

Angesichts des erschütternden Nothstandes in Berlin müßte jeder ohne Ausnahme das Bekenntniß einer großen Schuld ablegen, Unrigkeit und Unterthanen, Staat und Kirche und Stadt. Es werden 86000 Seelen evangelischer Menschen von allem in allem 96 Geistlichen gepflegt; schon dieses ist schreckenerregend. In den Vorstadtgemeinden finden wir 60000 Menschen von nur 24 Geistlichen und 13 Hülfspredigern bedient. Ein Stadtmissionar fand in einem Hause der nördlichen Vorstädte 22 ungetaufte Kinder und 9 ungetraute Ehepaare! In London kommt auf 2500, in Newyork auf 2000 Seelen eine Kirche — in Berlin auf 25000! Daher das riesige Anwachsen der Socialdemokratie, die Verachtung der kirchlichen Taufe und Trauung, die niemals so große Ausdehnung hatte wie heute. Diesen entsetzlichen Nothständen sucht die Stadtmission abzuwehren, die Stadtmissionare sind an die Parochien angeschlossen und werden nur als Helfer der Geistlichen angesehen. Es stehen im Augenblick unter Leitung von 3 Geistlichen 23 Stadtmissionare in Arbeit, die sich aus den Brüderhäusern rekrutiren. Sie dienen außer den eigentlichen Zwecken der Mission bei der Gefangenen- und Armenpflege. Ein Stadtmissionar hat 150 Kinder im Laufe eines Monats der Taufe zugeführt, wozu ein Fortschritt gegen die Zeiten des Reiches der Civilstandsgegesetzgebung, wo die Verächter der Taufe die Taufe ablehnten bei weitem an Zahl übertrafen! In Berlin existiren bereits 17 Vereine für die Pflege der Stadtmission, auch die Provinzen haben schon dankenswerthe Unterstützung geleistet. Den verheiratheten Missionaren zahlen wir 600, den unverheiratheten 450 Tblr. jährlichen Gehalt. Dem Antrage des Herrn Referenten schließe ich mich in Anbetracht der Thatfache, daß die Thätigkeit der Stadtmission nicht ausreicht, die kirchlichen Bedürfnisse Berlins zu befriedigen, vollständig an. Der Antrag ist ein Appell an die freie Liebeshätigkeit des ganzen Volkes!

Commissar des Oberkirchenrathes Propst Dr. Brückner bittet um Annahme des Antrages, den auch der gesammte Oberkirchenrath billigt. Von einer allgemeinen Kirchen- und Hauscollecte sei bisher noch immer Abstand genommen worden, auch kein Theil der allgemeinen Nothstandscollecte für die Berliner Nothstände verwendet worden. Der Berliner Bevölkerung sollte eben die Demüthigung erspart werden, daß ihr durch Sammelnlassen der Beweis geführt würde, sie wolle und könne sich selbst nicht mehr helfen.

Der Antrag Hegel wird mit großer Majorität angenommen, wonach eine alle zwei Jahre stattfindende Landeskirchencollecte vorgenommen werden soll.

Auf Antrag des Hrn. v. Kleist-Regow wird die Sitzung nunmehr vertagt.

Deutsches Reich.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung druckt die zwei Artikel der Kölnischen Zeitung, überschrieben „Für den Frieden“, ab, und schließt daran folgende Bemerkung: „Es ist in diesen Argumentationen Einzelnes enthalten, das wir uns nur mit Vorbehalt aneignen; der Conclusion aber müssen wir ebenso wie dem Aus-

gangspunkt vollständig und namentlich dem Gedanken beipflichten, daß dem engern Anschluß zwischen Deutschland und Oesterreich nur eine auf Erhaltung und Stärkung des Friedens gerichtete Tendenz zu Grunde liegen kann. Gerade deswegen vermag dieses Verhältniß die Pflege aufrichtiger Freundschaft mit Rußland wesentlich zu fördern; das Einvernehmen zwischen Deutschland und Oesterreich ist für Rußland noch nie bedrohlich gewesen und wird es auch in Zukunft nicht sein, wenn es in Rußland dem richtigen Verständniß begegnet.“

— Die augsburger Allgemeine Zeitung sagt in einem Artikel „Fürst Bismarck und die Russen“:

Der Fürst weiß, daß, wenn Rußland überhaupt zu dem System seiner früheren Allianzen zurückgeführt werden kann, dies nur möglich ist, wenn man ihm seine Entbehrlichkeit deutlich zu Gemüthe führt. Soweit Petersburg und Moskau in Betracht kommen, hat die Zusammenkunft von Alexandrowo ihren Zweck ebenso gründlich verfehlt, wie die Reise nach Wien die Wirkungen geübt, auf welche es abgesehen war. Nicht daß wir meinen: der tiefe Bruch, der durch die deutsch-russischen Beziehungen geht, werde sich (um einen Ausdruck Gortschakow's zu brauchen) „verkleinern“ lassen, oder er solle „verkleinert“ werden; im Gegentheil wird es als Gewinn anzusehen sein, wenn in Deutschland mit allen bezüglichen Illusionen gebrochen und allseitig anerkannt wird, daß die Russen unser Bündniß nur so lange gewollt haben, als sie uns ausbeuten und dem übrigen Europa gegenüber isoliren und compromittiren zu können meinten. Wenn es aber überhaupt möglich sein sollte, die Rathgeber Kaiser Alexander's II. von vorschnellen Entschlüssen zurückzuhalten und zur Besinnung zu bringen, so kann dies nur dadurch geschehen, daß man jede Art von Entgegenkommen ängstlich meiden. Nichts hat den Uebermuth und den anspruchsvollen Dünkel der moskauer Nationalen und ihrer petersburger Helfershelfer so geschürt, wie die beispiellose Geduld und Vorsicht, mit welcher Hof und Diplomatie Rußlands von deutscher Seite aus behandelt worden sind. Daß der Ausländigung der russischen Freundschaft von seiten des Fürsten Bismarck kein Ausöhnungsversuch, keine directe oder indirecte Abbitte, sondern eine von Wien aus datirte trodene Empfangsbekundigung gefolgt ist, gilt unsern anspruchsvollen östlichen Nachbarn für eine Kränkung ihrer Ehre und sichert der Partei, welche den Bruch mit Deutschland jahrelang und systematisch gepredigt hat, einen entscheidenden Einfluß auf die russische öffentliche Meinung. Ob Fürst Gortschakow sich noch eines bessern besinnt, und ob das (bis auf weiteres als durchaus unglauwürdig anzusehende) Gerücht von einer für den Spätherbst d. J. bevorstehenden Berliner Zusammenkunft der beiden Kanzler sich verwirklicht, erscheint bei der gegenwärtigen Lage der Dinge durchaus gleichgültig. Mit dem viel zu trägen Leiter des russischen Staatsrathes ist es so weit gekommen, daß derselbe eine Rolle nur noch spielt, wenn und solange er sich mit der Nationalpartei und dem, was in Rußland öffentliche Meinung heißt, in einem gewissen Zusammenhange befindet. Einleuchten kann der Nestor der „alten diplomatischen Schule“ nur um den Preis des Restes seiner mäßigen Popularität. Das wird er nicht thun, und wenn er es thäte, würde dies ohne alle Konsequenzen bleiben und seine Ersetzung durch einen Mann nach dem Geiz der heutigen russischen Stimmführer nur beschleunigen. Von Rücksichten auf diese Stimmführer kommt die petersburger Regierung aber nicht los, solange die bestehende Ordnung russischer Dinge nur gewaltsam aufrecht erhalten werden kann. Wendet diese Ordnung sich, so wird die Ernennung eines ausgesprochenen slavistischen russischen Kanzlers sich vollends von selbst verstehen.

— Officiös wird gemeldet: „Zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn schweben seit längerer Zeit Verhandlungen, welche den Abschluß eines Vertrages wegen Regelung der gegenseitig zu gewährenden Rechtsbehelfe in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zum Gegenstande haben. Nachdem diese Verhandlungen bisher schriftlich geführt worden sind, ist man jetzt übereingekommen, den Versuch zu machen, ob durch commissarische Berathungen von Vertretern der beiderseitigen Justizverwaltungen eine Einigung über die noch bestehenden Differenzpunkte zu erzielen sein möchte. Zu diesem Behuf sind in diesen Tagen der Ministerrath Dr. Ritter v. Harrasowsky vom Oesterreichischen Justizministerium in Wien und der Ministerialrath Jabor vom ungarischen Justizministerium in Budapest in Berlin eingetroffen, und werden die betreffenden Berathungen demnächst im Reichs-Justizamt stattfinden.“

— In der Angelegenheit des Flusdampfers Falke ist, wie das Deutsche Montags-Blatt hört, seitens der russischen Regierung den Beschwerdeführenden volle Genugthuung gegeben worden, indem sie den Dampfer für den Verkehr nach Rußland freigab. Zugleich wurde seitens der russischen Regierung erklärt, daß die diesbezügliche Handlungsweise der russischen Grenzbehörde in Georgenburg eine unautorisirte und irrthümliche gewesen sei, wofür sie derselben eine Burechtweisung zur Danachachtung für künftige Fälle bereits zugestellt habe.

— „Es ist bereits mitgetheilt worden“, schreibt die Berliner Börsen-Zeitung, „daß der Reichskanzler Fürst v. Bismarck gegen den Redacteur des Kladderadatsch, Ernst Dohm, eine der bekannten Beleidigungsformulare gerichtet habe. Bei diesem Anlasse werden wir an eine ältere, niemals dementirte Zeitungsnachricht erinnert, welcher zufolge der Reichskanzler einst, freilich nur als einfacher Adeliger, ein fleißiger Mitarbeiter des berühmten Wigblattes gewesen sein soll. Es geschah dies angeblich in jener Zeit (den fünfziger Jahren), als Dr. v. Bismarck preussischer Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M.

war. Gegen wen und was mögen sich wol die Pfeile des bekanntlich mitunter recht bissigen Bismarckschen Humors gerichtet haben? Dohm könnte darüber Auskunft geben, wenn seine Discretion nicht eben eine erprobte wäre."

Preußen. Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Berlin: „Dr. v. Bennigsen hat seinen politischen Freunden erklärt, er werde, obgleich zum Landtage gewählt, von dem Entschlusse, sich für jetzt von der Politik fern zu halten, nicht abgehen. Der preussische Landtag kann allerdings jetzt für ihn wenig Berufendes haben. Vom Präsidentenstuhl müßte er heruntersteigen, denn die national-liberale Partei ist durch die Wahlen so geschwächt, daß sie kaum noch ein Viertel der Volksvertretung bildet und es nicht einmal sicher ist, daß sie einen der Ihrigen zum Vizepräsidenten erwählt sehen wird. Auch hat Bennigsen weder Lust, jetzt die Regierung zu unterstützen, noch, sich an die Spitze der Opposition zu stellen.“

Die Berliner Börsen-Zeitung schreibt: „Die aus der Wiederwahl v. Bennigsen's in seinem alten Wahlkreise Neuhaus-Ötternsdorf mehrfach gezogene Folgerung, daß Dr. v. Bennigsen seinen Entschluß, aus dem parlamentarischen Leben oder wenigstens aus dem Abgeordnetenhaus sich zurückzuziehen, aufgegeben habe, erweist sich als irrig. Wie wir nämlich erfahren, hat Dr. v. Bennigsen noch kürzlich einem seiner Freunde gegenüber geäußert, daß er an seinem Entschlusse unter allen Umständen festhalten werde.“

Eine Anzahl Wahlmänner des 1. Berliner Wahlbezirks erklären in der Volks-Zeitung, daß Dr. Eugen Richter in der betreffenden Wahlmännerversammlung des 1. Wahlkreises eine Erklärung: „unter keinen Umständen in Berlin ein Mandat anzunehmen“, nicht abgegeben, sondern nur erklärt hat: „unter keinen Umständen ein Mandat im 1. Berliner Wahlkreise anzunehmen“.

Dr. Eugen Richter hat an den Wahlcommissarius des 4. Wahlkreises, Stadtrath Friedel, folgendes Schreiben gerichtet: „Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich die im 4. Berliner Wahlbezirk auf mich gefallene Wahl zum Mitgliede des Abgeordnetenhauses hierdurch annehme.“

Aus Hannover wird auf die erfreuliche Thatsache aufmerksam gemacht, daß bei den diesmaligen Landtagswahlen in der Provinz Hannover 28 National-Liberale, 3 Freiconservative, 2 Conservative, 1 Centrumsmitglied und nur 2 Welfen gewählt wurden. Die Welfenpartei habe den Landkreis Hannover an die National-Liberalen verloren, obschon die in der unmittelbaren Nähe der Stadt Hannover gelegenen Dörfschaften von den Agitatoren der welfischen Partei sehr stark unterwühlt waren.

Der Schlesischen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 9. Oct.: „Für die Stellung, welche die Parteien im neuen Abgeordnetenhause zueinander einnehmen, wird schon die Präsidentenwahl einen Präludium bilden. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Conservativen die Stelle des ersten Präsidenten beanspruchen, wozu sie vermöge ihrer Stärke durchaus berechtigt sind. Ihrerseits soll für diesen Posten Dr. v. Köller ausersuchen sein. Größere Schwierigkeiten dürften bei Besetzung der Stelle des ersten Vizepräsidenten zu Tage treten, vorausgesetzt, daß die National-Liberalen nicht wieder, wie im vorigen Reichstage, darauf verzichten, überhaupt einen der Ihrigen für das Präsidium in Vorschlag zu bringen. Verzichteten sie, so wird ohne Zweifel das Centrum die Stelle des ersten Vizepräsidenten für den Abg. Peter Reichensperger in Anspruch nehmen; die zweite Vizepräsidentenstelle dürfte alsdann einem Freiconservativen zufallen. Concurriren die National-Liberalen bei der Besetzung des Präsidiums, so könnte ihnen — wie in parlamentarischen Kreisen verlautet — die Stelle des ersten und dem Centrum die des zweiten Vizepräsidenten angeboten werden. Bekanntlich haben sich die Conservativen im Abgeordnetenhause bisher in drei Gruppen, in Alt-, Neu- und Freiconservative, geschieden, während sie sich im Reichstage nur in zwei Fractionen, in die der Deutschconservativen und der Deutschen Reichspartei, gruppirten. Es wird nun mit Bestimmtheit erwartet, daß in der bevorstehenden Session auch im Abgeordnetenhause die schon seit längerer Zeit geplante Verschmelzung der Alt- und der Neuconservativen stattfinden werde. Nach einer solchen Vereinigung würden die Conservativen, auch ohne Hinzurechnung der Freiconservativen, die stärkste Fraction im Abgeordnetenhause bilden.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt zu den Wahlen: „Von officieller Seite wird uns versichert, daß die Regierung bei weitem nicht auf eine so große Verstärkung der regierungsfreundlichen Parteien gerechnet hatte.“

Die „Tribüne“ bringt Folgendes in Erinnerung: „Als das Gelingen der neuen Kreisordnung im Herrenhause gesichert war, schloß der damalige Minister des Innern Graf zu Eulenburg, zu denjenigen ge-

wandt, die jetzt den Segen für die Reaction herabsuchen, seine der Endabstimmung vorausgehende Rede mit folgenden Worten: „Der ganze Baum, der in Deutschland, von Preußen ausgehend, gewachsen ist, ist ein liberaler Baum, eine freisinnige große Schöpfung. Gott hat ihn wachsen lassen, Gott wird auch über dieser Frucht seine schützende Hand halten!“

— Die „Germania“ schreibt über die Synodalpredigt des Generalsuperintendenten Dr. Bräuner:

Nach dem Bericht des „Reichsboten“ hat Dr. Bräuner in seiner Predigt außer dem gestern Bemerkten noch gesagt: „Es ist wenig Unterschied, ob man hier im Reichsthal die Gewissen knechte oder dort durch die öffentliche Meinung die Gewissen verwirrt.“ Die Kreuzzeitung enthält weder diese noch die gestern von uns mitgetheilten Provocationen des Generalsuperintendenten, und beweist dadurch, daß ihre Vorstellungen über die katholische Kirche freier von Vorurtheilen sind als die eines Mannes, der als Theologe von dem so heilsamen Institut der Beichte — das viele gläubige Protestanten sehr vermessen und andere auf ihre Weise zu erschrecken suchen — keinen klaren Begriff zu haben scheint wie der erste beste hinterpommersche Bauer. Der Herr hat doch noch ein Gewissen in der Beichte „knechten“ lassen. Woher kennt er denn eine solche „Knechtung“? Höchstens aus „liberalen“ Romanen. Wenn er einem seiner Zuhörer beweisen sollte, daß im Reichsthal die Gewissen thatsächlich „geknechtet“ werden, würde der hochwürdige Herr in großer Berlegenheit sein. Wir fordern von Dr. Bräuner diesen strikten Beweis, und wenn er ihn nicht beibringt, wird er und die Oeffentlichkeit wissen, welche Bezeichnung ihm und seinen aus der Luft gegriffenen Behauptungen gebührt.

— Aus Elbing vom 9. Oct. wird der Volks-Zeitung geschrieben: „Die gestrige Depesche, welche die Eröffnung der neuorganisirten Simultanschule inhibirt, resp. die Einrichtung einer katholisch-confessionellen Volksschule anordnet, ist direct vom Minister hierher gesandt worden. Offenbar ist Dr. v. Puttkamer über die Lage der Dinge hier nicht genügend unterrichtet worden. Was er verlangt, ist kurzweg auszuführen unmöglich. Die katholischen Lehrer z. B. sind jetzt in allen Communalsschulen verarrestet worden, daß die katholischen Schüler überall Religionsunterricht erhalten können. Diese plötzlich aus ihren Stellen wegzunehmen und mit ihnen auf neue eine katholische Schule einzurichten, ist doch ohne weiteres nicht ausführbar. Bleibt der Minister auf seiner Forderung bestehen, so müßte das ganze städtische Schulsystem wieder vernichtet und ein anderes organisiert werden. Deshalb gehen morgen der Oberbürgermeister Thomale und der Stadtverordnetenvorsteher und Abg. Wiewald nach Berlin, um den Minister über die Sachlage aufzuklären und zur Zurücknahme einer Maßregel zu bestimmen, deren Ausführung den gesamten Unterricht in allen städtischen Volksschulen auf lange Zeit unterbrechen müßte. Heute hat der Unterricht nirgend begonnen.“

Der Elberfelder Zeitung berichtet man unterm 10. Oct. von einer ähnlichen Maßregel wie der in Elbing aus Radevormwald (Kreis Lennepe):

Infolge der von mehreren Seiten, insbesondere von dem Pfarrer der hiesigen altlutherischen Gemeinde Dr. Köpcke, sowie auch aus beteiligten katholischen Kreisen an den Kultusminister v. Puttkamer gerichteten Anträge um Wiederaufhebung der hier eingerichteten Simultanschulen ist von dem genannten Herrn Minister nunmehr entschieden worden, daß die Vereinigung der katholischen und der altlutherischen Schule mit den übrigen Schulen hier selbst zu einer Simultanschule wieder aufzuheben sei.

Baden. Ueber das hundertjährige Jubiläum des manheimer Theaters wird der Rhein- und Nahe-Zeitung aus Mannheim vom 7. Oct. berichtet:

Der 7. Oct. 1879 wird in der Geschichte der Stadt Mannheim mit goldenen Buchstaben verzeichnet werden; es war der hundertjährige Jubeltag unsers Theaters. Die ganze Stadt gab ihren Empfindungen durch festliche Festsetzung der Häuser Ausdruck. Die Ausschmückung der Außenseite des Theatergebäudes hatte die Gemeindevverwaltung übernommen, der Schillerplatz war mit Flaggen und Girlanden ausgestattet. Das Jubiläum begann mit der Festsfeier im Concertsaal; der Staatsminister Turban war als Vertreter des großherzoglichen Hauses und der Regierung hierher gekommen; ihn begleitete Geh. Referendar Frhr. v. Red; von hier waren anwesend: Geheimrath Rames, Ministerialrath Frech, Gerichtspräsident Benkiser, Stadtdirector Engelhorn, Oberst v. Gerhards, Major v. Lud, die früheren Mitglieder des Hoftheatercomité, Oberbürgermeister Wolf, der gesammte Gemeinderath, der große Bürgerausschuß, die Damen und Herren der Sammlungscomité, das Comité und das gesammte Personal des großherzoglichen Hoftheaters. Von auswärtigen Gästen hatten sich eingefunden: der Intendant des kaiserlichen Hoftheaters Dr. v. Siffa, der Director des Straßburger Theaters Dr. Veltner sc. Beethoven'sche Klänge eröffneten den Festact, und der Präsident des Hoftheatercomité Hr. Emil Gedel verlas mit wohlwöhlender Stimme die erste Rede. Nach einem Rückblick auf die Vergangenheit der hiesigen Bühne gedachte er aller derer, die an dem Gedeihen und Blühen des Kunstinstituts mitgewirkt haben. Die zweite Rede hielt Oberbürgermeister Wolf; sie war schwungvoll, wie wir vom Vater unserer Stadt gewohnt sind, frei und frisch vorgebracht; am Schluß brachte der Redner ein dreifaches Hoch auf Se. königl. Hoh. den Großherzog aus. Staatsminister Turban betrat das Podium und sprach seine Freude darüber aus, daß er diesmal nicht, wie schon öfter, um materielle Zwecke zu fördern hierher gekommen sei, sondern um hoher geistiger Interessen willen. Er gab der warmen Theilnahme des Großherzogs, des ganzen großherzoglichen Hauses sowie des Ministeriums und Blätter der manheimer Schaubühne in gewählten Worten Ausdruck und

betonte die schön-freie der Kunst. Der Staatsminister vertheilte in allerhöchstem Auftrage alsdann folgende Auszeichnungen: dem artistischen Director Hofrath Dr. Julius Werber das Ritterkreuz 1. Kl. des sächsischen Königs, dem Hofschauspieler Visker, Ditt, Müller des Ritterkreuz 2. Kl., den Damen Frau Kade und Frau Wigel und den Hofmusikern Gottschall und Rindiger die goldene Verdienemedaille und dem Portier Schaffner die silberne Verdienemedaille. Hofrath Werber dankte bewegt dem Minister im Namen der Decorirten und schloß den feierlichen Act mit einem durch das Personal des Hoftheaters ausgebrachten, der Stadt Mannheim geweihten, dreimaligen Hoch. In Werber'schen Melodien klang die Vorfeier würdig aus.

Österreich-Ungarn.

Die „Presse“ schreibt unterm 11. Oct.: „In mehreren Blättern waren noch vor der Ernennung des Barons Haymerle zum Minister Mittheilungen über ein Rundschreiben enthalten, welches derselbe erlassen haben soll. Es war allerdings nicht schwer vorauszu-sehen, daß solch ein Rundschreiben erlassen werden wird, aber was über den Inhalt desselben erzählt worden, war müßiges Gerede, da dies Rundschreiben guten Informationen zufolge erst heute, vielleicht erst morgen versandt wird.“

Die von wiener Blättern zuerst gebrachte Erzählung über die Beseitigung des neuen Ministers des Auswärtigen Baron v. Haymerle an der October-revolution 1848 wird jetzt in Correspondenzen von Wien aus für ein „Märchen“ erklärt.

Die gesammte Verfassungspartei im Abgeordnetenhause wird diesmal wahrscheinlich nur in zwei Clubs sich gliedern. Der „Club der Liberalen“ zählt schon gegen 80 Mitglieder und dürfte beiläufig 100 Abgeordnete in sich vereinigen; die „vereinigte Fortschrittspartei“ wird keine so starke sein, aber immerhin auf ungefähr 70 sich belaufen.

Aus Wien vom 12. Oct. wird der „Post“ berichtet: „Einige Blätter behaupten, die Stellung des Ministers Stremayr sei erschüttert. In Regierungskreisen ist darüber nichts bekannt.“

Unter den zum Reichsrathe neugewählten Abgeordneten ist auch der wohlbekannte Dr. Dfenheim, „Ritter v. Pouteuzin“, der einstmalige Held eines vielberufenen Senationsprocesses aus der Gründerzeit her. Derselbe soll nun aber, wie man behauptet, zur Erreichung des Mandats sich einiger Mittel bedient haben, welche nicht gestattet sind. So heißt es, er habe den Wählern beziehentlich den Communen seines Wahlbezirks unverzinsliche Darlehne von bedeutender Höhe gegeben. Die Abtheilung, welche die Wahlacten Dfenheim's zu prüfen hat, war der Schauspieler lebhafter Erörterungen. Dr. Banhaus, der einstige Handelsminister, der seinerzeit wegen Dfenheim als Zeuge vor die Schranken der Geschworenen treten mußte und zwei Monate hernach sein Ministerportefeuille verlor, soll, als Obmann einer Abtheilung, in welcher sich Dfenheim befand, diesen ostentativ bei der Vertheilung der Wahlacten übergegangen haben.

Anlaßlich einer Besprechung der Erklärung der czechischen Abgeordneten schreibt die „Politik“, der von den böhmischen Volksvertretern eingenommene Standpunkt verlange keineswegs seine unmittelbare praktische Geltendmachung, wodurch der Reichsrath zum ausschließlichen Kampfplatz für rechtshistorische Fragen gemacht würde; die böhmischen Abgeordneten seien sich bewußt, daß der Staat auch noch andere materielle Interessen habe, und würden diesen Ansprüchen nach besten Kräften gerecht werden.

Die ungarischen Blätter besprechen den Rücktritt Andrássy's zumeist wohlwollend. Der Pester Lloyd sagt bei diesem Anlaß über das Verhältniß zu England: „Es sei unrichtig, daß Andrássy die englische Allianz niemals ablehnte. Daß Lord Derby und Sir A. Buchanan die möglichst wenig geeigneten Persönlichkeiten für die Verwirklichung jenes Allianzgedankens waren, vermochte Andrássy keinen Augenblick seinem Vorhaben untreu zu machen, welches allerdings bei Beaconsfield innigstes Verständniß fand und mit dem Amtsantritt Lord Salisbury's auch in diesem einen eifrigen Förderer gewann. Schon am 22. Juni 1877 konnte Graf Andrássy den Grafen Beust beauftragen, dem englischen Premier zu erklären, wie höchst werthvoll es für unsere Monarchie sei, die Solidarität unserer und der englischen Interessen vom Grafen Beaconsfield anerkannt zu sehen; daß auch unsere Regierung die englischen Vorbehalte acceptire und zu den übrigen mache, und daß diese Solidarität ihr die Basis für ein Zusammenwirken zu bieten scheint für den Fall, als die bezeichneten Interessen thatsächlich geschädigt werden sollten. Und zu der Zeit, da man bei uns von mancher Seite Andrássy der Connivenz mit Rußland verdächtigte, genau Mitte April 1878 kurz nach der Mission Ignatiow's in Wien erhielt der englische Premier positive Beweise dafür, daß Rußland sich eben durch die Mission Ignatiow's von der Unmöglichkeit, die österreichisch-ungarischen Interessen von den britischen zu trennen, überzeugt habe.“ Der Pester Lloyd sagt zum Schluß, jeder ungarische Patriot werde

aus tiefstem
bräff bei
er wird, d
merriff mit
Kraft erl
aus so vie
emporzur
Nerven st
essen, die
unter klei
lieberollen
schreibt J
sehe ihn m
er in das p
apar Drö
keine Abnri
seine Thate
Die op
jag, Sagen
läßt, wie e
Rolle, vor
Stiefel abz
laubniß geg
Naplo aus,
Die Egreter
nung Ausd
machen. Es
kunft feierl
äußersten
Wahl der
* Paris
Wahlverf
des Amue
Die Rede,
Herr Duch
kautet in i
Blüger!
„Es lebe B
ench, die Fro
Abstimmung
ber, die dort
(Ja, ja ja!)
welches sie s
stheibigt hab
in dem Altr
beta!“ Sel
dem der B
allgemeine
welche Meim
mögen, es i
das Blatt de
ist. Die Am
mer kommen
es nicht. G
spricht, daß
Candidatur
ich so schnell
achtjährigem
rigem Bagn
meinen Plaz
wieder einm
nich stimm
men. Eine
derer sein,
würde sagen
lenisches Bi
wir, die Reg
chen. Ich v
derer, wels
gefährten, d
Sonntag für
Der Ca
in Port Ber
in Paris w
Der Ca
der Gauslo
scharfen Art
seits erklärt
und die Ne
natürlich n
Republik un
Gestern
welches die
mit Engla
und Adams
— Aus P
Zeitung gef
nimmt tägl
Emissionen
so äußerst
nicht mehr
rung am 2.
zum Vorsche
Fondaria 12
auf die Phil
Bei einzelne
der Uebertra
ganz unersch
vor Monats
bank verboh
Frennig ch
Actien mit

aus tiefstem Grunde seines Herzens den Grafen Andrassy bei seiner Heimkehr willkommen heißen: „Er hat, ehe er von uns ging, frohe Tage mitdurchlebt; er wird, da er nun wiederkehrt, gewiß auch die Kameraden mit uns theilen und mit seiner ausgezeichneten Kraft ehrsich mitwirken, um das schwergeprüfte Land aus so vielen Calamitäten wieder zu besserem Sein emporzarbeiten. Heimatische Lust wird nicht nur seine Nerven stärken, sondern auch unsere speciellen Interessen, die ihm von seiner hohen Stellung aus mitunter klein und unbedeutend erscheinen mochten, seinem liebevollen Verständnis wieder näher rücken.“ Im Hon schreibt Jökei begeistert über Andrassy: „Jeder Ungar setze ihn mit Schmerz scheidend und freue sich doch, daß er in das politische Leben Ungarns eintrete.“ Der Magyar Ország sagt, die Nation habe keine Zuneigung und keine Abneigung gegen Haymerle, aber er könne durch seine Thaten Ungarns Sympathien erwerben.

Die oppositionellen Blätter, so der Magyar Ország, sagen nichts über Andrassy. Der Napló überläßt, wie er sich ausdrückt, den Regierungsblättern die Rolle, vor Andrassy in die Knie zu sinken, ihm die Stiefel abzulecken, noch ehe er dazu gnädig seine Erlaubniß gegeben hat. „Wir sind Männer!“ ruft der Napló aus, „und sagen nichts, als Gott zum Gruß!“ Die Epyeteres gibt „im Interesse Ungarns“ der Hoffnung Ausdruck, Andrassy möge niemals wieder Politik machen. Wie verlautet, soll Andrassy bei seiner Ankunft feierlich empfangen werden. Der Club der äußersten Linken enthält sich der Theilnahme an der Wahl der Commission für die bosnischen Vorlagen.

Frankreich.

Paris, 11. Oct. Im Stadtviertel Javel fand eine Wahlversammlung statt, welche von dem Comité des Amnestirten Humbert berufen worden war. Die Rede, welche dieser gewesene Mitarbeiter des Herrn Duguéne bei dieser Gelegenheit zum besten gab, lautete in ihren Hauptpunkten wie folgt:

Bürger! Ihr habt die Schlacht eröffnet mit dem Rufe: „Es lebe die allgemeine Amnestie!“ Ich beglückwünsche euch, die Frage so gestellt zu haben, die euch bei der ersten Abstimmung großen Erfolg verschafft hat. Wir haben Kritik, die dort unten, in Kamea, leiden. Vergesst es nicht! (Ja, ja ja!) Man muß sie dem Vaterlande zurückgeben, welches sie so heiß geliebt, der Republik, die sie tapfer verteidigt haben. Die Amnestie hatte früher einen Gegner in dem Bürger Gambetta. (Eine Stimme: „Es lebe Gambetta!“ Gelächter.) Ich stimme in diesen Ruf nicht ein, denn der Bürger Gambetta sprach sich immer gegen die allgemeine Amnestie aus. In allen Fällen haben wir, welche Meinung wir auch von dem Bürger Gambetta haben mögen, es darin gebracht, daß die République française, das Blatt des Bürgers Gambetta, heute für die Amnestie ist. Die Amnestiefrage wird nächstens wieder vor die Kammer kommen. Wie wird sie gelöst werden? Wir wissen es nicht. Es ist wichtig, daß das pariser Volk sich ausspricht, daß die Wähler den Erwählten zuvorkommen. Meine Candidatur hat nichts Persönliches. Ich glaube nicht, daß ich so schnell wieder in den Kampf einträte hätte. Nach achtjährigem Exil, nach achtjährigem Leiden, nach achtjährigem Bagnos glaube ich nicht die Kraft zu haben, so schnell meinen Platz unter den Kämpfern für die wahre Republik wieder einnehmen zu können. (Bravo!) Indem ihr für mich stimmt, werdet ihr für die vollständige Amnestie stimmen. Eine Niederlage würde eine schreckliche Verurteilung derer sein, welche wir retten wollen, denn die Regierung würde sagen: Von dem Augenblicke an, wo ein so republikanisches Viertel sich gegen die Amnestie ausspricht, können wir, die Regierung, uns ebenfalls gegen dieselbe aussprechen. Ich verlange von euch, Bürger, daß ihr im Namen derer, welche dort unten sind, die zuerst meine Waffen geführt, dann meine Leidensgenossen waren, am nächsten Sonntag für die allgemeine Amnestie stimmt.

Der Calvados ist mit neuen Amnestirten heute in Port Vendres eingetroffen. Die Ankunft derselben in Paris wird für Montag erwartet.

Der Campagne für die Amnestie schließt sich der Casulois mit einem von Weiß verfaßten, ungemein scharfen Artikel gegen das Ministerium an. Andererseits erklärt Cassagnac im Pays, daß die Bonapartisten und die Rechte für die Amnestie stimmen werden, natürlich nur deshalb, weil dieselbe den Ruin der Republik um so schneller herbeiführen müsse.

Gestern wurde das diplomatische Actenstück, durch welches die Handelsverträge und Vereinbarungen mit England verlängert worden, durch Waddington und Adams in Gegenwart von Lord Lyons unterzeichnet.

— Aus Paris vom 8. Oct. wird der Schlesiener Zeitung geschrieben: „Der Gründungsschwindel nimmt täglich an Umfang zu; die Gründungen und Emissionen jagen sich dergestalt, daß selbst die bisher so ängstlich klüglichen, ausgiebigen Geldmittel dazu bald nicht mehr ausreichen könnten. Bei der Ultimoregulierung am 2. Oct. kamen ganz unerhörte Uebertrageläge zum Vorschein. Auf die Banque d'Escompte 20, auf Fondaria 12, auf die Actien der Anglo-Universalbank 20, auf die Philippart'sche Banque Européenne sogar 25 Frs. Bei einzelnen Papieren neuer Gründungen stieg sogar der Uebertrag noch höher, bis 60 Frs.! So was ist ganz unerhört! Aber wie wird auch gegründet! Eine vor Monatsfrist mit 50 Mill. gegründete Immobilienbank verdoppelt jetzt ihr Kapital — ohne noch Einen Pfennig ehrsich verdient zu haben; freilich hat sie ihre Actien mit 40—50 Proc. an den Mann — hier

möchte man unwillkürlich schreiben an die Dummen — gebracht. Dabei ist dieselbe nur Ein Beispiel unter vielen. Der günstige Augenblick der Umwandlung der Renten dürfte nun auch vorüber sein, denn die Gründungen werden alles flüssige Kapital aufzehren, und nach dem Krach, der nur eine Frage der Zeit, wird dasselbe wieder theurer sein wie je zuvor. Der Credit foncier ist unterdessen bestrebt, sich die Geldflüssigkeit durch seine Conversionen zu Nuzen zu machen. Er verwandelt seine 5 Proc. Obligationen in 3 Proc., denen freilich der Reiz des Lotteriegewinnes beigegeben ist. Dabei aber gibt er nun etwa 4—500 Mill. mehr Obligationen aus, als er Anleihen umzuwandeln hat. Es ist unerhört, daß der Finanzminister diese Verletzung des Gesetzes und der Statuten genehmigt hat, denn der Credit foncier darf nach denselben nur Obligationen für Anleihen ausgeben, welche Grundbesitzer, Gemeinden, Städte u. mit ihm abgeschlossen. Zu was andern aber werden jene 4—500 Mill. flüssig gemachten Millionen gebraucht werden als zu Börsenspeculationen? Die Republik dürfte von den Folgen der Fehler ihrer Regierer nicht verschont bleiben.“

Großbritannien.

London, 11. Oct. „Die agrarische Bewegung in Irland“, schreibt die Times, „kann, obwohl sie furchtbarer scheint, als sie es in der Wirklichkeit ist, in Betracht des nahenden Winters nicht ohne Besorgniß betrachtet werden. Die heftige und zündende Sprache, die nicht zufällig oder in der Hitze des Augenblicks, sondern beharrlich und als Theil einer Propaganda gebraucht wird, mag eine beklagenswerthe Ernte agrarischer Verbrechen erzeugen. Schon hat der Feldzug der Riband Society in vielen Theilen Irlands begonnen. Drohbriefe werden häufig, und in einigen Fällen, wie z. B. in dem mörderischen Attentat auf Lord Sligo's Agenten unweit Westport, sind Versuche geschehen, diese Drohungen zu verwirklichen. Die politischen Führer der sogenannten Volkspartei in Irland laden eine sehr ernste Verantwortlichkeit auf sich, indem sie sich unter solchen Verhältnissen an die Spitze einer agrarischen Agitation stellen. Wenn es zu einem Ausbruch der gegen die Grundbesitzer und deren Agenten gerichteten gefahrvollen Gewaltthatigkeit kommen sollte, wird der größte Theil der Schuld jenen Demagogen zur Last fallen, welche sich Sonntag um Sonntag bestreben, die irischen Massen zur Rücksichtslosigkeit und Unvernunft aufzustacheln. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Zuhörerschaften auf öffentlichen Meetings, wie die in Cork, Maryborough, Ballinrobe und Drogheda am vergangenen Sonntag, hauptsächlich aus Personen zusammengesetzt waren, die mit dem Pächterinteresse in keiner Verbindung stehen und zu der „Antipacht“-Bewegung nur als eine Form des Antagonismus gegen Gesetz und Ordnung herangezogen werden. Man darf auch nicht vergessen, daß die Decrete der Riband-Organisationen von Individuen in Kraft gesetzt werden, die in der Regel Fremdlinge und Miethlinge sind, und daß dieselben fast ebenso oft gegen jene Pächter gerichtet wurden, die zurückhaltend sind und sich auf die Seite des Gesetzes stellen, als gegen die Grundbesitzer selber. Es ist sicher, daß in vielen Theilen Irlands ein durch lähne Handlungen der Einschüchterung verstärkter Druck auf die Pächter ausgeübt worden, um sie von der Zahlung ihres Pächterzinses abzuschrecken. Zu jedem Preise soll der Beweis geliefert werden, daß eine Kritik in der irischen Landfrage eingetreten sei, und um den notwendigen Beweis zu erpressen, gibt es viele, die zu den verzweifeltsten Auskunftsmittein schreiten. Die Antipacht-Agitation nimmt demnach eine gefährliche und unsensame Macht an, deren Controle oder Leitung ihre Führer halb nicht mehr in der Hand haben dürften. Wenige können glauben, daß ein Versuch, dieses verwegene Unternehmen auszuführen, unbestraft von Verbrechen bleiben kann.“

Belgien.

In der Provinz Luxemburg hatte die Gemeindeverwaltung das Schulgeld der zahlfähigen Zöglinge der Gemeindefschulen von 70 C. auf 1 Frs. 24 C. monatlich erhöhen wollen, und der ständige Ausschuß des Provinzialrathes war darauf eingegangen. Da aber die Finanzlage der Gemeinde eine solche Mehrbelastung der einzelnen Aeltern keineswegs rechtfertigt, so ist der Gouverneur darüber beim Minister vorgehtig geworden. Mit Genehmigung des Königs behält es nunmehr sein Bewenden bei den 70 C., da die Erhöhung des Schulgeldes augenscheinlich nur den Zweck hatte, die zahlfähigen Schüler aus der Gemeindefschule zu vertreiben und den neuen kirchlichen Privatschulen zuzutreiben. Der Moniteur veröffentlicht den darauf bezüglichen Bericht des Unterrichtsministers.

— Aus Brüssel vom 9. Oct. berichtet man der Kölnischen Zeitung: „Bürgermeister und Schöffen von Brügge hatten durch Gemeinderathsbefehl vom 27. Sept. den Elementarschullehrern jener Stadt das Verbot auferlegt, ihre Zöglinge die Religionssectionen

aussagen zu lassen. Durch Verfügung vom 7. Oct., die heute im Moniteur abgedruckt steht, hat aber der Gouverneur von Westflandern jenes Verbot als ungesetzlich bezeichnet und dessen Ausführung verhindert.“

Rußland.

Der Kölnischen Zeitung wird aus Petersburg vom 1. Oct. geschrieben, daß die Stimmung gegen Deutschland eine durchaus feindselige sei. Es heißt in dem Bericht: „Schon lange konnten wir gelegentlich in einem russischen Blatte lesen oder von einem Festredner hören, wie herzlich unangenehm den Russen das neue Deutschland und besonders die Deutschen als Nation seien; gegenwärtig aber sagt es einem der dritte Mann auf der Straße. Möchte man sich in Deutschland doch daraus die Lehre ziehen, daß wir mit den Russen kaum auf die Dauer gut Freund sein können, und zwar um so viel weniger, je mehr die Stimme des Volkes in Rußland an Gewicht gewinnt, was ohne Zweifel in Zukunft in vorschreitendem Maße der Fall sein wird. In Deutschland ist wenigstens ein Stand noch immer der Meinung, daß es anders sein könnte, nämlich die Armee oder wenigstens die Offiziere des Heeres. Die Herren sollten aber nur einmal jetzt in ein hiesiges Offiziercasino oder, was die Stelle vertritt, ein von Offizieren besuchtes Wirthshaus kommen, um zu erleben, wie wenig freundlich die Gesinnungen sind, welche da in Rücksicht auf Deutschland und Deutsche herrschen. Sie mögen versichert sein, daß der Fürst Gortschakow ein gutes Stück an Beliebtheit gewonnen hat, seit er offen seinen Gefühlen gegen Deutschland den Lauf lieg. Natürlich richtet sich die Abneigung in erster Linie gegen den Fürsten Bismarck und man hört es oft aussprechen, daß für die russische Politik sein Tod eine Erlösung sein werde. Andererseits wieder ist man im Grunde froh, daß es mit dem Drei-Kaiser-Bunde nun ein Ende genommen hat, und kümmert sich wenig darum, ob Rußland in Europa Freunde hat oder ob es ver einzelt dasteht. Man fühlt sich viel zu sicher, um viel nach Freunden zu fragen, und sieht sich danach höchstens dann um, wenn man mit dem Gedanken an einen Angriffs- und Strafrieg gegen Oesterreich und Deutschland spielt. Sonderbar bleibt es indessen, wie auch Fürst Bismarck allem Anscheine nach sich getäuscht hat in Beziehung auf die politische Verlässlichkeit der russischen Freundschaft. Sagte er doch in jener bekannten Rede über die thurmhohe Freundschaft, daß nur ein russischer Monarch dieselbe zerstören könne. Und nun ist sie zerstört oder mindestens ernstlich gefährdet trotz der Begegnung von Alexandrowo, augenscheinlich nicht durch einen russischen Monarchen. Es muß in der That Gewichtiges geschehen sein, um den Reichskanzler vom Wege der so hoch gerühmten Freundschaft abzuweichen zu lassen zu Gunsten einer Annäherung an diejenigen Staaten, welche in Europa Rußlands alte Feinde sind. Und der Jubel in Europa über die Kaltstellung Rußlands kann nicht verfehlen, den Grimm hier nur noch mehr zu schüren.“

— Das Journal de Saint-Petersbourg tritt einer Meldung der „Italia“ entgegen, welche besagt, der Abschluß einer Convention zwischen Rußland und dem Heiligen Stuhle zur Regelung der Verhältnisse der katholischen Kirche in Polen sei durch neue Vorschläge Rußlands gefährdet. „Es war“, antwortet das russische Blatt, „gar keine Convention dem Abschluß nahe; die russische Regierung war lediglich von dem Wunsche Sr. Heiligkeit, Verhandlungen zu eröffnen, informirt worden, und erwartet zur Stunde noch die Vorschläge, die vom Heiligen Stuhle ausgehen werden. Weiter ist die Angelegenheit noch nicht geblieben.“

Türkei.

Marquis v. Salisbury hat, wie das Memorial diplomatique mittheilt, den Signatarmächten des Berliner Vertrags den Vorschlag gemacht, ihre Consuln in Philippopol zusammenzutreten zu lassen, um die Lage Ostrumeliens zu prüfen und über die Mittel zur Verbesserung derselben zu berathen. Das Memorial diplomatique fügt hinzu, Aleso-Pascha selbst wünsche den Zusammentritt einer solchen Consulnconferenz und habe bereits einen Bericht zu seiner Rechtfertigung vorbereitet, welchen er den Consuln vorlegen wolle.

— Der Neuen Freien Presse berichtet man aus Salonichi vom 9. Oct.: „Infolge einer Ordre der russischen Botschaft in Konstantinopel hat gestern der Serant des hiesigen russischen Consulats, Hr. Ulianow, an die hiesige Bilajetregierung ein Schreiben gerichtet, worin derselbe wegen angeblicher Insultirung seiner Person am zweiten Beiramtstage die Bestrafung der Excedenten und Satisfaction binnen 24 Stunden verlangt, widrigenfalls ein russisches Panzerschiff in den hiesigen Hafen einlaufen würde. Die hiesigen fremden Consulate haben bei ihren Regierungen um Instruktionen nachgesucht.“

Amerika.

+ Newyork, 26. Sept. Ueber eine große Indianer-Rathversammlung, bei der etwa 1200

Staatsminister folgende Ausdrücke: „In meh-... nung des... lungen über... lse erlassen... wer voraus... ften werden... ben erzählt... undtschreiben... ielleicht erst... Erzh... nisters des... r October... ngen von... im Abge... in zwei... alen“ zählt... läufig 100... nigte Fort... immerhin... Post be... tellung des... In Regie... lten Abge... f neh ein... Geld eines... Bränderzeit... auptet, zur... led bedient... ist es, er... en seines... bedeutender... Wahlacten... ch lebhaft... Handels... zeuge vor... uchte und... e. verlor... elcher sich... ertheilung... ung der... Politik... enommene... mittelbare... Reichsrath... historische... eordneten... andere... esen An... n Räd... er Fester... ästniß zu... englisch... und Sir... Persön... bedankens... d seinem... ings bei... mit dem... mi 1877... ustragen... 2 werth... rität un... Bes... Regie... zu den... die Basis... für den... hlich ge... da man... omvienz... 1878... hielt der... Rußland... der Un... fen von... r Fester... t werde

Leipziger Börse. 13. Oct.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, Paris, and Vienna.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including Reichsanleihe, Staatsanleihe, and various municipal bonds.

Bank-Discounts.

Table of bank discount rates for Amsterdam, Paris, and London.

Sorten.

Table of various types of bonds and securities, such as Prussian and Saxon bonds.

Eisenb.-Stamm-Akt.

Table of railway stock prices for various companies.

Table of railway stocks (Eisenbahn-Akt.) including companies like Berlin-Potsdam-Magdeburg and Chemnitz-Warschau.

Eisenbahn-St.-Fr.-Action.

Table of railway station and freight action prices.

Bank- u. Credit-Aktion.

Table of bank and credit action prices for various financial institutions.

Industrie-Akt. Prioritäten.

Table of industrial stock prices and priority shares.

Ausländische Fonds.

Table of foreign bonds and securities from various countries.

Table of American bonds and securities.

Intl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table of international railway priority bonds.

Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table of foreign railway priority bonds.

Kohlen-Akt. u. Prior.

Table of coal stock prices and priority shares.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Announcements for theater performances at the Neues Theater, Altes Theater, and Theater der Stadt Leipzig, including plays like 'Prinzessin Nebelblütche' and 'Die heimliche Ehe'.

